



Gerechte Zeiten für unseren Landkreis!

Wir nehmen es in die Hand.

Kommunalwahl 27. März 2011

Gemeinsam für einen starken und gerechten Landkreis!	2
Beschäftigungspolitik: „Wirtschaft entwickeln – Menschen fördern“	6
Individuelle Förderung und Qualifikation	7
Sozialdemokratische Arbeitsmarktpolitik stellt den Menschen in den Mittelpunkt	8
Gleich Chancen für alle – unsere Schulen haben Zukunft! Bildungsgerechtigkeit schaffen!.....	9
Pädagogische Grundsätze	10
Schulausstattung.....	11
Neue Medien.....	11
Unsere Kinder- und Jugendpolitik	11
Jugendarbeit - Sozialdemokratisch geführte Kommunen unterbreiten Angebote.....	12
Stärkung ehrenamtlichen Engagements	13
Kommunale Pflichtaufgabe Feuerwehr.....	14
Sport macht fit im 21. Jahrhundert.....	15
Sozialverbände erhalten und stärken	15
Kulturförderung	15
Die Ländlichen Räume haben Zukunft!	17
Bürgerbeteiligung.....	17
Mobilität	19
Kommunikations- und Infrastrukturtechnologie.....	19
Land und Forstwirtschaft.....	21
Integration von Migrantinnen und Migranten in unseren Städten und Dörfern	23
Frauenpolitik:	25
Seniorinnen und Senioren stehen in der Mitte der Gesellschaft.....	26
Klima schützen - Wirtschaft stärken – Arbeitsplätze ausbauen – Zukunft nachhaltig gestalten und sichern für die nächsten Generationen-.....	28

Gemeinsam für einen starken und gerechten Landkreis!

Unsere Heimat, der Landkreis Gießen, steht vor großen Herausforderungen. In den Städten und Gemeinden entscheidet sich, wie wir zusammenleben. Hier entscheidet sich, ob eine Feuerwehr auf dem Stand der Technik ist, ob die Wasserversorgung funktioniert oder die Sozialstation handlungsfähig ist. Vor Ort wird entschieden, wie viel Solidarität möglich ist. Deshalb wollen wir handlungsfähige Städte und Gemeinden.

Wir wehren uns engagiert, wenn von Landes- und Bundesebene die Mittel für Städte und Gemeinden gekürzt und zusätzliche Belastungen verordnet werden. Städte und Gemeinden sind die Keimzellen unserer Demokratie und dürfen nicht kaputt gespart werden. Uns reicht es jedoch nicht, mit dem Finger auf die Fehler der Bundesregierung und Landesregierung zu zeigen. Wir wollen vor Ort Verantwortung übernehmen, um unsere Region auch in finanziell schwierigen Zeiten nach vorne zu bringen. Auch unter schwierigen Bedingungen ist eine bessere Politik im Kreis nötig und möglich. Die bürgerliche Kreisregierung hat in der laufenden Legislaturperiode schwerwiegende Fehlentscheidungen getroffen, gegen die wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten im Kreistag uns heftig gewehrt haben, nur drei davon wollen wir benennen:

Der Landkreis hat sein Haus in der Ostanlage billig verkauft und residiert nun zur Miete in einer alten Kaserne am Stadtrand. Diese Entscheidung ist leider unumkehrbar, aber wir werden dafür sorgen, dass die Kreisverwaltung für die Kreisbürger besser erreichbar wird.

Bei der Abfallentsorgung hat sich der Kreis langfristig an ein großes Müllunternehmen gebunden, das den Abfall aus dem Landkreis Gießen quer durch die Republik kutscht: Diese Verträge können erst in der übernächsten Legislaturperiode wieder gekündigt werden.

Die Hausmeister- und Reinigungsdienste in den Schulen wurden privatisiert. Aus sicheren Anstellungen wurden Jobs. Dies werden wir wieder rückgängig machen, denn diese Privatisierungsmaßnahmen haben noch nicht einmal Kosten erspart.

Kompass unseres Handelns ist immer die soziale Gerechtigkeit. Wir wollen einen starken und gerechten Landkreis!

Dazu gehören für uns:

1. Demokratische und soziale Kommunen: In unserer Heimat sollen alle Menschen gleichberechtigt, friedlich und solidarisch miteinander leben können.

2. Chancengleichheit in der Bildung und der erschwingliche Zugang zu öffentlichen Gütern wie Gesundheit, Wasser und Strom. Die öffentliche Daseinsvorsorge in den einzelnen Gemeinden und im Landkreis muss erhalten bleiben und bedarfsgerecht ausgebaut werden. Dazu gehört die energetische Erneuerung des Landkreises.

3. Kommunale Wirtschafts- und Beschäftigungspolitik, die Arbeitsplätze schafft. Wir wollen mit Beschäftigungspolitik „Aktivieren statt Alimentieren“. Zukunftsfähige Wirtschaftspolitik setzt für uns die Erkenntnis voraus, dass Arbeit und Umwelt keine Gegensätze, sondern gemeinsames Fundament einer Entwicklungsstrategie sind.

4. Soziale und kulturelle Vielfalt im Landkreis. Das Angebot der Integration muss in der Lebenswirklichkeit der Menschen verankert sein. Integration setzt gleiche Chancen voraus. Jeder muss sich in die Gesellschaft integrieren. Die Gesellschaft muss es aber auch zulassen und fördern.

5. Eine verantwortungsvolle Kooperation zwischen Landkreis und Universitätsstadt Gießen. Im Interesse der Bürgerinnen und Bürger müssen Stadt und Kreis gemeinsam auf Landes- und Bundesebene für die Belange unserer Region eintreten. Den von Landrätin Anita Schneider und Oberbürgermeisterin Dietlind Grabe-Bolz beschrittenen Weg einer starken Zusammenarbeit wollen wir konsequent weitergehen. Dafür brauchen wir in Stadt- und Landkreis die richtigen Mehrheiten.

Politik muss Antworten geben. Ohne die vielen ehrenamtlichen Helfer, Vereine und Initiativen ist eine erfolgreiche Kreispolitik jedoch nicht möglich. Deshalb ist Bürgerbeteiligung für uns so wichtig. Die Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern ist für uns keine „Alibi-Veranstaltung“, sondern Leitprinzip politischer Entscheidungsprozesse. Nur gemeinsam schaffen wir es den Landkreis Gießen stark zu machen und gerecht zu gestalten. Deshalb hoffen wir auf Ihre Unterstützung: Gemeinsam für einen starken und gerechten Landkreis!

Arbeit, Wirtschaft, Gerechtigkeit

Teilhabe an der Gesellschaft und die Möglichkeit das eigene Leben nach den eigenen Wünschen und Vorstellungen gestalten zu können, sind eng mit einer erfüllenden und ausreichend bezahlten Arbeit verknüpft. Menschen können und wollen mit ihrer Tätigkeit etwas für sich und die Gesellschaft beitragen. Deshalb muss sich kommunale Wirtschafts- und Beschäftigungspolitik zuallererst am Ziel des Abbaus der Arbeitslosigkeit messen lassen. Das setzt ein örtliches Klima gemeinsamer Verantwortung für eine positive Arbeitsmarktpolitik voraus.

Auch in der Arbeitsmarkt und Wirtschaftspolitik wollen wir im Landkreis eine Kultur der Beteiligung etablieren. Die Wirtschaft, ihre Verbände, die Gewerkschaften und die betrieblichen Interessensvertretungen sind für uns wichtige Ansprechpartner, die wir aktiv in die Ausgestaltung der Wirtschaftspolitik auf Kommunal- und Landkreisebene einbeziehen werden. Wir wollen deshalb für diese Fragen einen ständigen Dialog zwischen der Politik und den Sozialpartnern initiieren.

Wir begreifen Strukturwandel als einen und permanenten Prozess, der sozialverträglich gestaltet werden muss. Wir sehen in den lokal und regional vorhandenen Kompetenzen die Basis jeder Erfolg versprechenden Wirtschaftsentwicklung. Wir wollen eine Kultur der Selbständigkeit, die sich nicht auf die Unternehmertätigkeit beschränkt, sondern das Prinzip „Aktivieren statt Alimentieren“ favorisiert und Eigeninitiative belohnt. Arbeit und Umwelt sind für uns keine Gegensätze, sondern gemeinsames Fundament einer zukunftsfähigen Politik.

Für immer mehr Menschen reicht der Lohn ihrer täglichen Arbeit nicht mehr zum Leben. Fast ein Zehntel der Beschäftigten bezieht sogenannte Armutslöhne. Zwei Drittel der Niedriglohnbezieherinnen und –bezieher haben eine abgeschlossene Berufsausbildung, zehn Prozent gar eine akademische Ausbildung. Gering Qualifizierte haben deshalb immer weniger Chancen auf dem Arbeitsmarkt.

Der immer schärfer werdende Dumpingwettbewerb, darf nicht auch noch mit Steuergeld angefeuert werden. Deshalb wollen wir erreichen, dass bei öffentlichen Aufträgen der Kommunen und des Landkreises Tariflohn, wenigsten aber ein Mindestlohn von 8,50 Euro gezahlt wird. Es war falsch, dass die konservativ-liberale Mehrheit im Landkreis, öffentliche Dienstleistungen mit der Folge niedrigerer Löhne ausgegliedert hat – bspw. Die Hausmeister und Reinigungsdienste in den

Schulen. Das werden wir so früh wie möglich beenden und rückgängig machen. Dieses Prinzip wollen wir auch im Zusammenhang mit der Landesgartenschau umsetzen, damit diese Veranstaltung auch eine Bereicherung für das heimische Gewerbe und seine Beschäftigten wird.

Unsere Politik im Landkreis wird bei allen politischen Entscheidungen das Beschäftigungsziel berücksichtigen. Wir wollen dem drohenden Abbau von Arbeitsplätzen frühzeitig entgegenwirken und die Schaffung neuer Arbeitsplätze durch aktive Wirtschaftsförderung unterstützen. Wir werden die Möglichkeiten der Ausbildung und Weiterqualifikation für Arbeitsuchende verbessern und die Mitverantwortung und Eigeninitiative der Betroffenen im Einzelfall fördern. Wir treten aktiv für gleiche Chancen von Frauen und Männern beim Arbeitsmarktzugang ein.

Anders als viele andere Regionen in Deutschland, ist unsere Region gestärkt aus dem Strukturwandel hervorgegangen, der durch den Abzug militärischer Einrichtungen ausgelöst wurde. Alle Projekte zur Bewältigung dieses Strukturwandels sind unmittelbar auf Aktivitäten der SPD in Kommunen und im Landkreis zurück zu führen. Auch die Auflösung des US Depot in Gießen birgt nach unserer Überzeugung mehr Chancen als Risiken. Entschlossenes politisches Handeln vorausgesetzt, gilt dies für eine aktive Wirtschaftsförderung, die auf Strukturwandel setzt, ebenso wie für eine verantwortungsbewusste Wohnungspolitik.

Die Region Gießen liegt bundesweit zentral. Wir wollen diese Stärke auch verkehrspolitisch nutzen. Das betrifft zum einen die Anbindung an das Autobahnnetz, zum anderen aber auch die Einbindung in den öffentlichen Regional- und Fernverkehr. Deshalb sprechen wir uns für die Reaktivierung geschlossener und den Ausbau bestehender Schienenverbindungen aus. Wir wollen eine bessere Vernetzung innerhalb der Region Mittelhessen zwischen den Knotenpunkten Wetzlar, Gießen und Marburg. Wir setzen uns für eine stärkere Verlagerung des Güterverkehrs auf die Schiene ein.

Denn der Schienenverkehr weist deutliche energetische und klimarelevante Vorteile gegenüber dem Straßengüterverkehr auf. Damit gewinnt die Verfügbarkeit von Umschlagsmöglichkeiten für den kombinierten Verkehr mit Containern und Wechselaufbauten sowie von Gleisanschlüssen mittel- bis längerfristig erheblich an standortpolitischer Bedeutung.

Vereinbarkeit von Familie und Beruf realisieren

Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf für beide Elternteile erfordert ein qualitativ hochwertiges und quantitativ ausreichendes Betreuungsangebot für Kinder. Die bisherigen Angebote reichen

nicht aus. Auch Unternehmen stehen in der Verantwortung, indem sie Mütter und Väter bei der Suche nach Betreuungsangeboten unterstützen und eine familienfreundliche Unternehmenskultur schaffen. Wir werden unseren Kurs in den Kommunen und im Landkreis konsequent weiter verfolgen und ein flächendeckendes Kinderbetreuungsangebot schaffen. In Zusammenarbeit mit der Wirtschaft und den Arbeitnehmer/Innenvertretungen werden wir neue kooperative Angebote der Kinderbetreuung entwickeln, die den Anforderungen von jungen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern in der modernen Arbeitswelt Rechnung tragen. Gerade in Betrieben mit hohen Qualifikationsanforderungen, sind gute und flexible Angebote der Kinderbetreuung ein wesentlicher Standortfaktor. Wir sehen in der Kooperation mit der Wirtschaft daher auch Chancen, zu neuen Formen der Finanzierung zu kommen. Die öffentliche Hand muss ihrer Vorbildrolle gerecht werden, deshalb wollen wir erreichen, dass alle Verwaltungen und öffentlichen Betriebe als familienfreundliche Betriebe zertifiziert werden.

Beschäftigungspolitik: „Wirtschaft entwickeln – Menschen fördern“

Wirtschaftsförderung, Strukturentwicklung und Tourismus sind Investitionen in die Zukunft des heimischen Raumes. Mit Universität und Fachhochschule sowie Einrichtungen des Wissenstransfers belegt der LK Gießen einen bundesweiten Spitzenplatz bei Studierenden, hoch qualifizierten Fachkräften und als Wissensregion. Der Landkreis Gießen ist eine technologisch innovative Region mit erheblichem Wachstumspotenzial insbesondere in der Medizintechnik. Dies wollen wir nutzen und den Landkreis für die Zukunft fit machen. Dazu sind hinreichende personelle und sächliche Ressourcen bereitzustellen, denn wir wollen den Landkreis nicht nur verwalten, sondern ihn als attraktiven Wohn-, Wirtschafts- und Lebensraum ausgestalten.

Die Wirtschaftspolitik des Kreises soll dezentrale gewerbliche Ansiedlungen sicherstellen. Dazu werden wir die Beratung der heimischen Unternehmen bei der Fördermittelakquise verstärken, Neuansiedlungen durch ein besseres Marketing der Gewerbeflächencluster fördern und Existenzgründungen unterstützen. Bis heute profitiert diese Region von innovativen Projekten der Sozialdemokraten. Daran wollen wir wieder ansetzen: Gießener Land als Freizeitregion, Wirtschafts- und Wissensregion Gießen, Qualifizierungsoffensive LK Gießen, RegioMIT Regionalfonds für Gründer und junge Unternehmer. Wir wollen qualitativ gute Arbeitsplätze erhalten und ausbauen.

Die Erschließung und Pflege der lokalen Potentiale und der regionalen Wirtschaftsbeziehungen bieten besondere Chancen. Der Ausbau regional orientierter Wertschöpfungsketten, vom

Hersteller oder Dienstleister bis hin zum Endverbraucher, bietet einen Ansatz, die lokale Wirtschaft zu stärken. Dies setzt aber voraus, dass sowohl einzelbetriebliche als auch kommunale Egoismen überwunden werden.

Vielen kleinen und mittelständischen Unternehmen fehlt der nötige Zugang sowohl zu technologischen Innovationen als auch zu Finanzmitteln für Investitionen. Für Letzteres sind die öffentlichen Sparkassen besonders wichtige Partner. Wir setzen uns deshalb für eine starke Rolle der Sparkassen ein. Wir werden in den Aufsichtsgremien der Sparkassen unseren Beitrag für eine mittelstandsfreundliche Geschäftspolitik leisten.

Darüber hinaus unterstützt sozialdemokratische Kommunalpolitik die Bildung von Netzwerken zwischen mittelständischer Wirtschaft und den nächstgelegenen Wissenschafts- und Forschungseinrichtungen. Der RegioMit (Regionalfonds Mittelhessen zur Unterstützung von Existenzgründern und jungen Unternehmer) ist ein Paradebeispiel für eine erfolgreiche Strategie.

Im Rahmen des Stadt- und Regionalmarketings werden wir die Stärken der Wirtschaftsstandorte deutlich engagierter als in der Vergangenheit hervorheben.

Individuelle Förderung und Qualifikation

Zwar geht die Arbeitslosigkeit zurück, sie bleibt aber auch in unserem Landkreis auf zu hohem Niveau. Gleichzeitig sinkt die Qualität der Beschäftigung. Leiharbeit, Minijobs und freie Mitarbeit nehmen zu. Als Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten wollen wir nicht nur mehr, sondern auch bessere Arbeitsplätze! Unter Berücksichtigung des Aspektes „Gute Arbeit“ gilt es, bestehende Arbeitsplätze zu erhalten, sie humaner, sicherer und zukunftsfähiger zu machen sowie neue zu schaffen.

Notwendig sind Arbeitsmarktprogramme zur gezielten Förderung von arbeitslosen Jugendlichen, Migrantinnen und Migranten, Menschen mit Behinderungen, gering Qualifizierten und Älteren, sowie für den Wiedereinstieg nach einer Familienphase.

Der Landkreis und die Kommunen haben zahlreiche Einrichtungen und Instrumente der Fort- und Weiterbildung für Erwachsene. Wir werden die Angebote der Volkshochschulen, der Abendschulen und der beruflichen Schulen miteinander verknüpfen und verzahnen und im Umfeld der Berufsschulen regionale Kompetenzzentren der Aus- Fort und Weiterbildung schaffen. Damit

werden wir betriebliche und individuelle Weiterbildung zum Lebensbegleitenden Lernen weiterentwickeln. Wir wollen uns aktiv gegen den Fachkräftemangel engagieren mit neuen Bündnissen und neuen Konzepten. Um jungen, alleinerziehenden Müttern eine Berufsausbildung zu ermöglichen, sollten Modelle in Teilzeitbildung beibehalten, weiter entwickelt und ausgebaut werden.

Sozialdemokratische Arbeitsmarktpolitik stellt den Menschen in den Mittelpunkt

Die Arbeitsmarktpolitik der SPD ist für alle da - für jede Zielgruppe, jeden betroffenen Menschen - sie grenzt niemanden aus und gibt niemanden auf. Sie stellt den Menschen in den Mittelpunkt und organisiert ganzheitliche und wirksame Integrationsprozesse.

Wir bekennen uns zu einem öffentlich geförderten, sozialen Beschäftigungssektor. Wir fordern die Sicherung und den weiteren Ausbau des Qualifizierungs- und Ausbildungszentrums der ZAUG gGmbH, des IJB und der Jugendwerkstatt.

Die Leistungen und Integrationsprozesse müssen mit passgenauen, flexiblen Angeboten an der individuellen Situation orientiert sein. Die aktiven Beiträge die von den Betroffenen eingefordert werden und die passiven Leistungen müssen aufeinander abgestimmt und miteinander verzahnt sein. Wir bekennen uns zum Prinzip der einheitlichen Grundsicherung und den Hilfen aus einer Hand für Arbeitslose mit besonderen Vermittlungshindernissen. Dabei muss unseren regionalen Bedingungen und den vielfältigen Zielgruppen Rechnung getragen werden. Dafür benötigen der Landkreis und die Kommunen Lösungen, die sowohl die bundeseinheitliche Standards umsetzen als auch Gestaltungsspielräume für unsere regionale Arbeitsmarktpolitik sichern. Unter Sozialdemokratischer Führung konnte der Landkreis Gießen schon immer Ansätze regionaler Arbeitsmarktpolitik entwickeln, die bis heute bundesweiten Vorbildcharakter haben. Wir werden die arbeitsmarktpolitischen Gestaltungsmöglichkeiten weiter optimal ausschöpfen und Innovationen bei den Eingliederungsleistungen entwickeln - für passgenaue und nachhaltige, wirksame und ökonomisch sinnvolle Integrationsprozesse.

Vernünftige regionale Arbeitsmarktpolitik erfordert: Bundesweite Standards, dezentrale Verantwortung, regionale Ausrichtung und Flexibilität sowie Nutzung aller vorhandenen Potenziale. Dazu gehört ein maßgeblicher Einfluss der Kommunen und die systematische Netzwerk-Einbindung der Akteure vor Ort - Gewerkschaften, Betriebe und Organisationen der Wirtschaft, Arbeitsloseninitiativen, Sozialverbände und generell die Kräfte der Zivilgesellschaft.

Gleich Chancen für alle – unsere Schulen haben Zukunft!

Bildungsgerechtigkeit schaffen!

Im Mittelpunkt unserer bildungspolitischen Überlegungen steht das Kind. Junge Menschen sind individuelle Persönlichkeiten, die gleich zu achten und zu schätzen sind – unabhängig von ihrer Herkunft, Leistungsfähigkeit und Begabung. Die optimale Förderung muss oberstes Gebot allen staatlichen Handelns sein. Wir wollen uns dieser Verantwortung nicht entziehen und lehnen eine Privatisierung dieser Aufgaben ab.

Lern- und Lebensorte müssen von allen, die in sie involviert sind, mit gestaltet werden. Dies gilt für Schülerinnen und Schüler, für Eltern, für Lehrer, aber auch die für die kommunalen Vertreterinnen und Vertreter. Eine Schule, die der Demokratie verpflichtet ist, muss demokratisch strukturiert sein. Wir werden auf die Schülervertretungen, die Elternbeiräte und die Interessenvertretungen der Lehrerinnen und Lehrer zugehen, und Konzepte und Vorgehen mit ihnen abstimmen.

Die Förderung der Chancengleichheit beginnt nicht erst in der Schule, sondern mit dem ersten Lebenstag. Deshalb sollte die Mutter nach der Geburt eines Kindes so bald wie möglich einen vom Kreis erarbeiteten Ratgeber (wie z.B. Hallo Welt) überreicht bekommen, der Ratschläge enthält für Ernährung, Versorgung und Erziehung des Kindes und viele Adressen von Ärzten, Apotheken, Beratungsstellen und ähnlichen Einrichtungen, wo die Mutter Hilfe finden kann. Eine Familienbetreuung vor und nach der Geburt durch Hebammen und Familienhelferinnen halten wir für sinnvoll und deshalb setzen wir uns für ihren Ausbau und eine finanzielle Absicherung ein.

Insbesondere muss Gewicht gelegt werden auf die organisatorische und konzeptionelle Verzahnung von Kindertagesstätten und Grundschulen. Wir wollen die Einrichtung von Schuleingangsstufen unterstützen und fördern, tragen sie doch der unterschiedlichen Entwicklung von Kindern Rechnung. Leitfaden können hier die Vorgaben des Bildungs- und Erziehungsplanes sein. Bereits vorhandene Initiativen vor Ort werden wir aufgreifen, unterstützen und fördern

Unser Ziel ist es ausreichend Betreuungsmöglichkeiten in Krabbelgruppen, bei Tagesmüttern und in Kindertagesstätten auch für Kinder von null bis drei Jahren zu schaffen. Wir unterstützen und fördern die schrittweise Umwandlung von Kindertagesstätten zu Familienzentren, um die Netzwerkbindung der Eltern untereinander zu fördern. Sie sollen Treffpunkte für Nachbarschafts-

und Integrationsbegegnungen sein und Räume für Elternabende und Elternbildungsveranstaltungen enthalten. Dazu müssen die Familienzentren personell, qualitativ und räumlich erweitert werden. Wir streben die Kostenfreiheit für den Besuch von Kindertagesstätten an. Gute Betreuung braucht motivierte Mitarbeit. Deshalb stehen wir für eine Verbesserung der Situation der Erzieherinnen und Erzieher sowohl in Bezug auf Ausbildung, Weiterbildung, Arbeitsplatzgestaltung als auch Bezahlung.

Pädagogische Grundsätze

Wir wollen gleiche Chancen für alle Kinder schaffen und werden dazu alle Möglichkeiten der kommunalen Schulträger nutzen. Ein besonderes Augenmerk legen wir dabei auf die wohnortnahe Schulversorgung. Wir stehen für ganzheitliches Lernen mit Kopf, Herz und Hand in einem integrierten System für alle Schülerinnen und Schüler. Unter der Zielsetzung, dass Schule auf das Leben vorbereitet, ist die individuelle Förderung von Schülerinnen und Schülern entscheidend, das heißt aber auch, junge Menschen zu fordern. Schule stellt einen bedeutenden Teil der Lebenswirklichkeit von Kindern und Jugendlichen dar. Deshalb wollen wir die Schule sehr viel stärker zu einem gesellschaftlichen und kulturellen Mittelpunkt ausbauen.

Schulen und Betreuungseinrichtungen müssen als echte Ganztageseinrichtungen strukturiert werden, in denen neue Konzepte verwirklicht werden können:

- Unterricht, der zum selbstständigen Lernen führt
- Verzahnung von sozialem Lernen und individueller Förderung
- eine noch stärkere Öffnung der Schule zum Lebensumfeld der Kinder und Jugendlichen

Entscheidend ist dabei eine flächendeckende Sozialarbeit an Schulen. Wir wollen verstärkt geeignete Präventionsprogramme, die einem Abgleiten in Sucht und Gewalt verhindern und Jugendlichen helfen, eine selbstbewusste, aber auch eine selbstkritische Persönlichkeit zu entwickeln, realisieren.

Von großer Bedeutung ist zweifelsohne eine gezielte Orientierung und Vorbereitung auf das Berufsleben. Kein junger Mensch darf die Schule ohne einen qualifizierenden Schulabschluss verlassen. Wir werden alles was als Schulträger „Landkreis Gießen“ möglich ist, hierzu beitragen.

Eine vernetzte Schule wirkt nach außen und integriert schulfremde Kompetenzträger. Hier sind vor allem die Kommunen, aber auch die örtlichen Vereine gefragt und gefordert. Wir wollen den Dialog zwischen den Beteiligten unterstützend begleiten.

Gesunde Ernährung und ein Schulprogramm, das Bewegung von Jugendlichen fördert, ist für uns selbstverständlich. Ziel muss es sein, ein gesundes und kostenfreies Mittagessen an Ganztagschulen anzubieten.

Die Schulentwicklung des Landkreises stellt vor dem Hintergrund des demografischen Wandels eine besondere Herausforderung dar. Von großer Bedeutung ist hier die Frage der Zusammenarbeit mit der Stadt Gießen.

Weiterbildung ist eine wichtige Zukunftsaufgabe. Die Möglichkeit des lebenslangen Lernens bedarf der Zusammenarbeit unterschiedlicher Bildungsträger. Daher werden wir die Zusammenarbeit der Volkshochschulen fördern und die Kreisvolkshochschule zum Hessencampus ausbauen.

Schulausstattung

Der Landkreis hat die Aufgabe, das Lernumfeld an Schulen den oben genannten Forderungen anzupassen. Dies betrifft sowohl die Raumaufteilung nach pädagogischen Grundsätzen und die Ausstattung mit zusätzlichen Funktions- und Rückzugsräumen. Dabei müssen auch die Schülervertretungen räumlich berücksichtigt werden.

Neue Medien

Medienkompetenz zählt heute zu den Schlüsselqualifikationen in allen Bereichen des Lebens. Diese zu vermitteln gehört daher zu den originären Aufgaben der Schule. Wir stehen dafür, dass der Landkreis als Schulträger für eine adäquate Ausstattung sorgt.

Unsere Kinder- und Jugendpolitik

Oberstes Ziel sozialdemokratischer Kommunalpolitik für Kinder und Jugendliche ist es, allen jungen Menschen ein selbstbestimmtes Leben in einer solidarischen Gesellschaft zu ermöglichen. Alter, Geschlecht oder soziale und kulturelle Herkunft dürfen nicht zur Ausgrenzung oder Benachteiligung führen. Es ist wichtig, junge Menschen für die aktive Mitgestaltung ihres Lebensumfeldes, der Gemeinschaft und für politisches demokratisches Handeln zu interessieren und ihre Mitarbeit zu gewinnen. Dies kann jedoch nur gedeihen, wenn Chancengleichheit und die Möglichkeit der Integration sowohl für das einzelne Kind und den einzelnen Jugendlichen als auch für die verschiedenen sozialen und kulturellen Gruppen, gegeben sind.

Gleichheit der Lebenschancen bedeutet nicht Gleichheit der Lebenspläne und Lebenswege. Integration muss auf beiden Seiten geschehen, heißt einbeziehen und verschmelzen, von den kulturellen und sozialen Unterschieden lernen und profitieren. Selbstentfaltung und Selbstbestimmung machen das Miteinander erst möglich und interessant – Eigensinn und Solidarität gehören zusammen.

Damit diese Ziele erreicht werden, wollen und müssen wir möglichst eng an der Lebensrealität von Kindern, Jugendlichen und deren Familien ansetzen. Die Stärkung des Gemeinwesens, des Lebensumfeldes sowie der Zukunftsorientierung sind notwendig, um Defizite und Benachteiligungen zu erkennen und nachhaltig beseitigen zu können. Es müssen realistische Perspektiven und Formen der Einmischung und Beteiligung von Kindern und Jugendlichen eröffnet werden.

Jugendarbeit - Sozialdemokratisch geführte Kommunen unterbreiten Angebote

Gute kommunale Jugendarbeit ist keine Fürsorge an Jugendlichen, sie weckt Eigeninitiative indem sie Freiräume lässt. Jedoch sollte die Verwaltung die ehrenamtliche Jugendarbeit aktiv unterstützen, in dem sie unbürokratische Hilfestellung gibt, bei der Erarbeitung und Antragstellung von Förderprogrammen. Ehrenamtliche Jugendarbeit ist eine wichtige Stütze unserer Gesellschaft. Die ehrenamtliche Vereins- und Verbandsarbeit ist nicht bezahlbar und deshalb zu fördern und zu unterstützen. Sie ist die kleinste Einheit demokratischen Handelns.

Die verschiedenen Angebote von Bildungsträgern, Schulen, Sportvereinen, Jugend- und Freizeitstätten sollen verstärkt miteinander verbunden werden. Dort, wo kommunale Jugendämter und Schule zusammenwirken, können gute Erfolge in der Jugendarbeit festgestellt werden. Diese erfolgreichen Modelle wollen wir ausweiten.

Stärkung ehrenamtlichen Engagements

Ohne ehrenamtliches Engagement wäre das gesellschaftliche Leben im Landkreis Gießen nicht vorstellbar. Es sind die vielen Tausend Ehrenamtlichen in den Städten und Gemeinden, die sich in unzähligen Gruppierungen zum Wohle der Gemeinschaft engagieren. Sie sind es, die in Hilfsorganisationen, Feuerwehren, dem THW und den Sozialverbänden, in Sport- und Kulturvereinen, in Umweltgruppen und Bürgerinitiativen wertvolle und unverzichtbare Ergänzung und Unterstützung der Angebote in den Bereichen Kinder- und Jugendarbeit, Familienpolitik, Seniorenarbeit, Umwelt- und Naturschutz sowie Freizeit, Sport und Kultur leisten. Darüber hinaus sind Vereine oftmals erste Anlaufpunkte für Neubürger und tragen damit entscheidend zur Integration bei.

In all diesen Bereichen können die Kommunen alleine kein umfassendes Angebot zur Verfügung stellen. Ehrenamtliches Engagement leistet gemeinnützige Arbeit in einem Umfang, der durch kommunale Tätigkeit nicht finanzierbar wäre. Wir sind auf die tatkräftige Mitarbeit und Unterstützung durch die Vereine und Gruppierungen und ihre Mitglieder angewiesen. Ehrenämter sind daher hoch zu schätzen und in ihren mannigfaltigen Tätigkeiten nachhaltig zu unterstützen. Wir halten daher Einrichtungen und einen Ehrenamtswegweiser für sinnvoll, um die Möglichkeiten ehrenamtlicher Betätigung zu sammeln, und öffentlich zu machen. Durch ehrenamtliche Tätigkeiten dürfen aber keine regulären Arbeitsstellen oder staatlichen Leistungen wegfallen. Es geht darum, solidarische Unterstützung und Begleitung sowie nachbarschaftliche Hilfe besser zu koordinieren.

Wir wollen daher die Vereinsförderung unter Anpassung der gesellschaftlichen Rahmenbedingungen in möglichst ausgewogener Form beibehalten und, wo notwendig, sogar erhöhen. Dabei wird der Kinder- und Jugendförderung Priorität beigemessen. Das besondere Interesse gilt auch dem Integrationsfördernden Breiten- und Gesundheitssport, auch für benachteiligte Jugendliche, ausländische MitbürgerInnen, Behinderte und SeniorInnen. Wir fordern kommunale Zuschüsse bzw. die Organisation von Kursen für Vereinsmanagement und Fortbildungsangebote für Ehrenamtliche sowie eine verstärkte projektorientierte Förderung von Vereinen, um dadurch Eigenverantwortung zu stärken und Hilfe zur Selbsthilfe zu leisten.

Auch wollen wir die Einbindung der betroffenen Vereine bereits bei der Planung von Maßnahmen erreichen.

Viele Menschen engagieren sich außerdem jenseits der Vereine und Institutionen. Zielgruppen für ehrenamtliches Engagement sind dabei Kinder und Jugendliche, Senioren, Migranten, Behinderte und Sterbende.

Wichtig ist uns, dass allen engagierten Menschen, sowohl den in der Vereinen und Institutionen organisierten als auch den jenseits davon agierenden Ehrenamtlichen, auch die nötige Anerkennung und Würdigung ihrer Leistungen durch den Kreis und die Städte und Gemeinden zukommt.

Kommunale Pflichtaufgabe Feuerwehr

Die Freiwilligen Feuerwehren erfüllen vielfältige Aufgaben im Brand-, Katastrophen- und Umweltschutz. Naturereignisse und ihre Folgen bilden immer mehr das Hauptaufgabenfeld für die Aktiven. Waldschäden und Hochwasserereignisse nehmen in den letzten Jahren kontinuierlich zu. Gerade in Zeiten des demographischen Wandels und längerer Arbeitszeiten im Berufsleben muss sichergestellt werden, dass die Stadt- und Ortsteil-Feuerwehren genügend aktive Feuerwehrmänner und –Frauen in ihren Reihen haben und damit auch in kleinen und kleinsten Orten zum Schutze der Bevölkerung handlungsfähig bleiben.

Auch deshalb unterstützen wir die Feuerwehren in den Städten und Gemeinden in ihrer Ehrenamtstruktur und dem Bemühen, attraktiv für Nachwuchs zu sein. Die Sicherung des Brandschutzes ist und bleibt eine kommunale Pflichtaufgabe.

Eine zeitgerechte und auftragsgemäße Unterbringung und Ausstattung muss weiter gewährleistet sein. Die dafür existierenden Bedarfs- und Entwicklungspläne sind einerseits unter Berücksichtigung der jeweiligen Haushaltssituationen mit den notwendigen Konsequenzen umzusetzen und andererseits fortlaufend zu evaluieren.

Auch setzen wir uns dafür ein, dass aktive Feuerwehrleute und ihre Familien, ebenso wie alle anderen, die zum Schutze und Wohle der Menschen in unserem Landkreis ehrenamtlich aktiv sind, zum Beispiel durch den kostenlosen Besuch öffentlicher Einrichtungen unterstützt und gewürdigt werden.

Sport macht fit im 21. Jahrhundert

Sport ist ein zentraler Bestandteil lokaler Kultur. Er bedeutet Teilhabe am gemeinschaftlichen Leben und praktische Integrationspolitik. Insbesondere bei der gesundheitlichen und sozialen Entwicklung von Kindern und Jugendlichen spielt der Sport eine bedeutende Rolle. Deswegen unterstützen wir Kooperationsprojekte von Schulen, Kindergärten und Vereinen.

Ein ausgewogenes Sportangebot, das die unterschiedlichen Interessen von Mädchen und Jungen besser berücksichtigt, wird angestrebt. Sport ist auch ein Feld, auf dem sich seit langem Bürgerinnen und Bürger ehrenamtlich für die Gemeinschaft engagieren. Aus diesem Grund unterstützen wir Modelle von Ehrenamts- und Jugendleiterkarten, mit denen dem Engagement vor Ort in besonderer Weise Rechnung getragen werden kann.

Wir sind der Überzeugung, dass die Kommunen im Landkreis mit Sport- und Freizeiteinrichtungen bereits recht gut ausgestattet ist. Trotzdem wollen wir die Entwicklung eines Sportstättenkonzeptes, das den demographischen Entwicklungen für die Zukunft Rechnung tragen wird.

Sozialverbände erhalten und stärken

Wir setzen uns auch in Zukunft mit aller Kraft für den Erhalt der Sozialverbände (z. B. AWO, Johanniter, ASB, VdK, Sozialverband Deutschland, Fördervereine Schulen / Sozialstationen / Kranken- und Pflegehilfe, DRK, kirchliche Einrichtungen) im Kreis Gießen ein und unterstützen sie in ihrer Ehrenamtsstruktur.

Sie erfüllen vielfältige Aufgaben im Sozialbereich und sind hier unersetzlich. Gerade hier wird sehr wertvolle Arbeit im zwischenmenschlichen Bereich geleistet. Ein Ersatz der ehrenamtlich arbeitenden Menschen im Sozialbereich durch bezahlte Personen wäre schon aus finanziellen Gründen illusorisch.

Kulturförderung

Kulturelle Vielfalt ist Ausdruck eines lebendigen Kulturlebens und besonderer Lebensqualität in den Städten und Gemeinden und damit auch ein nicht zu vernachlässigender Standortfaktor. Wir

stehen für den Erhalt und die Förderung der kulturellen Infrastrukturen und setzen sich für eine kulturelle Vielfalt im Landkreis und den Städten und Gemeinden ein.

Unser Augenmerk gilt dabei ebenso der Pflege traditioneller Einrichtungen wie der Unterstützung unkonventioneller Kulturansätze. Dabei sollen sich kritische, utopische, provozierende und unterhaltsame Elemente ergänzen.

Eine freie, vielfältige und unabhängige Kunst- und Kulturszene hat eine wichtige soziale und gesellschaftspolitische Funktion und eine notwendige Identitätsstiftende und integrative Aufgabe. Zentral ist für uns in diesem Zusammenhang, allen Bürgerinnen und Bürgern die aktive Mitarbeit im kulturellen und künstlerischen Bereich zu ermöglichen, auch gerade denjenigen, denen der Zugang zum kulturellen Angebot aus unterschiedlichen Gründen erschwert wird.

Der Landkreis Gießen soll gemeinsam mit seinen Städten und Gemeinden Kunst im öffentlichen Raum verstärkt präsentieren und anerkannte einheimische Künstler fördern.

Im Rahmen ihrer personellen Möglichkeiten sollen die Verwaltungen auch als Organisations- Kooperations- und Koordinationshilfen zur Verfügung stehen und die verstärkte Zusammenarbeit alle Kulturschaffenden anregen.

Auch in Zeiten knapper kommunaler Kassen muss der Kulturförderung die notwendige Bedeutung beigemessen werden und darf Kulturschaffenden die notwendige finanzielle Unterstützung nicht vorenthalten werden.

Die Ländlichen Räume haben Zukunft!

Auch im Landkreis Gießen gibt es eine Vielfalt ländlicher Räume mit eigenen Ausgangsbedingungen und Entwicklungschancen. Dies bedingt schon allein die geographische Lage mit seinen herrlichen Landschaften und seinen wunderschönen Dörfern und Städten vom Taunusrand im Südwesten über das Gießener Becken hin zur Wetterau im Südosten, zum vorderen Vogelsberg im Osten und Nordosten und dem Gladenbacher Bergland im Norden und Nordwesten.

So vielfältig wie diese Orte, sind auch die Menschen, die hier leben. Wir wollen eine eigenständige Entwicklung ländlicher Räume, in denen die Anliegen der Menschen ernst genommen werden. Der ländliche Raum, der den überwiegenden Teil unserer Kreisfläche ausmacht, ist mehr als ein Umland der Universitätsstadt Gießen. Er stellt eigene Potenziale und Impulse für unsere Region dar. Die Universitätsstadt Gießen und der sie umgebende ländliche Raum sollten sich gegenseitig „beflügeln“ und sich nicht gegeneinander ausspielen.

Ländliche Potenziale sind z.B. naturräumliche Gegebenheiten, gewachsene Wirtschaftsstrukturen und kulturelle Besonderheiten. Dadurch sind ländliche Räume befähigt, sich eigenständig mit ihrer zukünftigen Entwicklung zu beschäftigen und diese nicht verordnet zu bekommen. Wir wollen, dass Armutsberichte, Bevölkerungsberichte, Altenhilfepläne in Kooperation mit der Stadt Gießen erstellt oder wenigstens abgeglichen werden.

Bürgerbeteiligung ist für uns in diesem Zusammenhang nicht bloß ein Schlagwort. Die SPD fühlt sich den ländlichen Räumen und den Menschen, die in ihnen leben, in besonderem Maße verpflichtet. Die Menschen im ländlichen Raum wissen am Besten, was sie zu einem gerechten Miteinander benötigen und welche Lösungen sie vor Ort entwickeln müssen, um ihre Dörfer zukunftsfähig zu gestalten.

Die demographische Entwicklung macht auch vor den ländlichen Räumen nicht halt. Gerade hier müssen sich Politik und Gesellschaft mit den Herausforderungen der demographischen Entwicklung besonders intensiv beschäftigen, da sich schneller die Frage der Tragfähigkeit von Infrastrukturen stellt. Wir benötigen daher innovative Lösungsansätze zur Erhaltung der sozialen und kulturellen Infrastrukturen in den ländlichen Räumen. Zudem wollen wir Regionen mit prognostiziertem starkem Bevölkerungsrückgang in der Umstrukturierung hin zu dezentralen

Strukturen unterstützen. Die hier notwendigen Kosten können und dürfen nicht allein die ländlichen Räume zahlen.

Es ist für uns eine Frage der Gerechtigkeit, dass Menschen in den ländlichen Räumen eine den regionalen Begebenheiten angepasste Ausstattung öffentlicher Infrastruktur und damit Lebensqualität vorfinden. Wir sehen hier die öffentliche Hand in der Pflicht, ein den Bedürfnissen angepasstes Angebot vorzuhalten.

Bei der Entwicklung der ländlichen Räume spielt die Landwirtschaft immer noch eine wichtige Rolle, auch wenn sich deren Bedeutung in den letzten Jahrzehnten geändert hat, ist sie nach wie vor Basis für unsere Kulturlandschaft und häufig eng verknüpft mit den wirtschaftlichen Entwicklungschancen ländlicher Räume (Tourismus, Ernährungswirtschaft). Daher wollen wir die Landwirtschaft dabei unterstützen, die Produktion gesunder Nahrungsmittel unter Schonung natürlicher Ressourcen in Einklang zu bringen.

Aber auch der Handel, das Handwerk und der Dienstleistungsbereich sind für die wirtschaftliche Entwicklung ländlicher Räume wichtig. Hier gilt es sowohl die bereits ansässigen Unternehmen (Bestandspflege), als auch die Neugründung zu unterstützen. Durch die enge Verknüpfung von Wirtschafts- und Lebensraum im ländlichen Raum können sich nur durch Bereitstellung von Arbeitsplätzen und Beschäftigungsmöglichkeiten ländliche Räume (vor allem in peripheren Lagen) zukunftsfähig entwickeln.

Wir sehen die ländlichen Räume als lernende Regionen. Ein wichtiges Kapital sind das Wissen und die Fertigkeiten der Menschen, die in ihnen leben. Hier liegen die größten Entwicklungschancen. Aus diesem Grund halten wir **Bildung** und Qualifizierung gerade hier für zentrale Handlungsfelder. Besonders zu berücksichtigen ist dabei die Bildung und Ausbildung von Kindern und Jugendlichen. Aber auch die ländlichen Räume an sich lernen und verbessern so ihre Entwicklungschancen. Um dies zu fördern, sind eine Fortführung und ein weiterer Ausbau der Netzbildung zum Erfahrungsaustausch und zum Ausbau von Kooperationen zu unterstützen.

Ländliche Räume leben vom Engagement ihrer Menschen. Ländliche Regionalentwicklung lebt von der Teilhabe und vom Mitmachen ihrer Bevölkerung und von Schlüsselakteuren. Dies muss Politik anerkennen und weiter unterstützen. Daher wollen wir eine Regionalentwicklung mit den Menschen vor Ort und eine Beteiligung an der Erarbeitung regionaler Entwicklungskonzepte, in denen sie ihre Ideen und ihr Engagement einbringen können. Darüber hinaus gilt es, das Erfahrungswissen und das fachliche Know-how der Schlüsselakteure in ländlichen Räumen für die Regionalentwicklung zu erschließen.

Mobilität fungiert als eine Voraussetzung für gesellschaftliche Teilhabe und wirtschaftliche Entwicklung. Aus diesem Grund ist sie gerade in ländlichen Räumen ein entscheidender Entwicklungsfaktor, der sich jedoch zunehmend auf PKW und LKW verengt. Gerade im Landkreis Gießen, in dem es deutliche Pendelbeziehungen zum einen zwischen den Umland-Gemeinden mit dem Oberzentrum und zum anderen in den Ballungsraum Rhein-Main gibt, sind bei steigenden Spritpreisen integrierte Gesamtverkehrssysteme zu erarbeiten, welche die Mobilität aller Bevölkerungsgruppen ermöglichen. Aus diesem Grund wenden wir uns gegen eine Ausdünnung der öffentlichen Verkehre in der Fläche und fordern eine attraktive Ausgestaltung des ÖPNV und eine Vernetzung der verschiedenen Verkehrsträger. Wir werden mit der Einrichtung eines Radverkehrsbeauftragten gemeinsam mit den Städten und Gemeinden das Radwegenetz in Landkreis Gießen ausbauen. Die Richtlinien für Radwege müssen im Hinblick auf die Sicherheit von Frauen überarbeitet werden. Der Ausdünnung der Infrastruktur muss begegnet werden durch Serviceleistungen wie z.B. Sparkassen- und Bibliotheksbusse.

Kommunikations- und Infrastrukturtechnologie

Die Wirtschaftsstandorte ländliche Räume werden in immensem Umfang von der technischen Infrastruktur beeinflusst. Hier ist die Anbindung an die Informations- und Kommunikationsinfrastruktur besonders wichtig. Eine flächendeckende Versorgung mit schnellen Internet-Zugängen ist die Voraussetzung für eine Entwicklung der Wirtschaftskraft, wie bspw. höherwertiger unternehmensnaher Dienstleistungen in den ländlichen Räumen.

Wir wollen eine an den Menschen orientierte **Gesundheitsversorgung**. Gerade in ländlichen Räumen wird die Bevölkerung weniger und älter. Damit steigt zukünftig der Bedarf an medizinischen und pflegerischen Leistungen sowohl im stationären als auch im ambulanten Bereich. Darüber hinaus kann davon ausgegangen werden, dass auf zusätzliche Bedarfe im Vor- und Umfeld von Pflege reagiert werden muss. Hier ist die Grundversorgung in der Fläche zu gewährleisten und müssen Beratungs- und Unterstützungsangebote von pflegenden Angehörigen, Besuchs- und Begleitedienste sowie die Koordinierung der verschiedenen Leistungen weiter verbessert werden.

Sonst besteht die Gefahr, dass - bei der gleichzeitigen Verringerung des Angebotes des ÖPNV - hier Teile der Bevölkerung von guter und gerechter Gesundheitsversorgung abgeschnitten werden.

Zudem halten wir die Entwicklung von neuen Angeboten für ältere Bevölkerungsgruppen (bspw. Mehrgenerationenhäuser, Wohngruppen für demenzkranke Menschen) für notwendig. Hier gibt es gute Ansätze (BeKo, Kleeblattmodell im Teilraum West), die weiter auszubauen sind.

Bereits jetzt stellt die Gesundheitswirtschaft mit ihrem Kristallisationspunkt im Universitätsklinikum Gießen und den vielfältigen medizinischen und pflegerischen Versorgungsleistungen in Gießen und im Umland eine zentrale Säule des regionalen Wirtschafts- und Beschäftigungsstandortes dar. Die Versorgung auch mit Fachärzten in der Fläche muss gewährleistet bleiben. Für die ländlichen Räume sind sowohl im Kernbereich der Gesundheitswirtschaft als auch in den angrenzenden Bereichen, wie dem gesundheitsbezogenem Tourismus und der Ernährungswirtschaft, Entwicklungsimpulse möglich. Gerade im Ausbau des Bereichs „gesundheitsbezogene Ernährung“ sind zum einen die Potenziale in der Landwirtschaft mit einem hohen Anteil an Biobetrieben zu berücksichtigen, zum anderen liefert die Universität Gießen mit ihrem Forschungsfeld der Lebenswissenschaften einen wissenschaftlichen Mittelpunkt, der in einem Netzwerk mit den regionalen Erzeugern, Verbrauchern und weiteren Schlüsselakteuren Entwicklungschancen offenbaren kann.

Die Dörfer im Landkreis Gießen weisen in ihrer Struktur und in ihren Lebensformen eine große Vielfalt auf und stellen die Zentren ländlichen Lebens dar. Diese Dörfer sollen Dörfer bleiben, sie müssen ihre kulturelle Identität und ihr örtliches Vereinsleben behalten. Sie leben vom Engagement ihrer Bevölkerung. Dörfer der Zukunft können immer nur gemeinsam und vor Ort im Dialog gestaltet werden.

Durch eine zunehmende wirtschaftliche Konzentration und demographische Änderungen verschärfen sich jedoch vielerorts die Problemlagen (ausgedünnte private und öffentliche Infrastruktur, Leerstände in Ortskernen und hohe Folgekosten bei nicht ausgelasteten Wohn- und Gewerbegebieten, Abwanderung von Wirtschaftsakteuren etc.).

Zentrales Handlungselement zur Dorfentwicklung bleibt nach wie vor das

Dorferneuerungsprogramm, das auch im Landkreis Gießen bereits wichtige Impulse entfalten konnte. Das Ziel der Dorferneuerung sollte die Innenentwicklung und Revitalisierung der Ortskerne sein. Um dies zu erreichen, sollten die Kommunen ein eigenständiges Konzept zur Entwicklung der Siedlungs- und Infrastruktur für alle dazugehörigen Ortsteile entwickeln. Dabei können die Kommunen durch das Einbinden der betroffenen Bürgerinnen und Bürger Projekte erarbeiten, die von den Menschen angenommen und getragen werden und nicht an ihrer Lebenswirklichkeit vorbeigehen. Dies hat den großen Vorteil, dass die Kommunen ihre

Entwicklungsschwerpunkte selbst festlegen können und damit mehr Spielraum haben, um alle Ortsteile, unabhängig von der Größe, zukunftsfähig aufzustellen.

Fläche ist eine endliche Ressource und nicht beliebig vermehrbar. Der nach wie vor viel zu hohe Flächenverbrauch beraubt uns und unseren Kindern wichtige Zukunftschancen. Daher halten wir es für absolut notwendig, den Flächenverbrauch drastisch zu reduzieren. Um dies zu gewährleisten, ist bei allen flächenrelevanten Planungen die Verminderung des Flächenverbrauchs verstärkt zu berücksichtigen. Deshalb muss mit der Auflegung neuer Baugebiete äußerst sorgsam und verantwortungsbewusst umgegangen werden.

Stattdessen wollen wir die Dorffinnenentwicklung stärker unterstützen und Dorfkerne so umgestalten, dass Wohnen und Arbeiten in Kombination möglich ist. Hier ist außerdem die gesamte Infrastruktur (Kanal, Wasser, Strom und Straßen) bereits vorhanden. Das erspart den Kommunen erhebliche Kosten, die bei der Neuerschließung eines Baugebietes notwendig werden.

Land und Forstwirtschaft

Unsere Wälder bedecken große Teile der Kreisfläche und erfüllen unverzichtbare Schutz-, Nutz- und Erholungsfunktionen. Deshalb wollen wir ein nachhaltiges Gleichgewicht zwischen Walderhalt und vernünftiger Nutzung erreichen. Hier steht für uns die Förderung des Aufbaus und des Erhalts standortgerechter Wälder im Mittelpunkt. Die Waldflächen in öffentlicher Hand sind dem Gemeinwohl besonders verpflichtet und müssen daher nachhaltig und Generationen übergreifend langfristig bewirtschaftet werden. Dies ist mit kurzfristigen Profitinteressen unvereinbar. Aus diesen Gründen lehnen wir den Verkauf oder die Privatisierung von Staats- und Körperschaftswald in Hessen entschieden ab.

Die Landwirtschaft ist neben der Forstwirtschaft zentraler Flächennutzer in ländlichen Räumen und damit maßgeblich für die Gestaltung und Attraktivität unserer Landschaft. Damit ist die Bedeutung neben der Produktion von Nahrungsmitteln und nachwachsenden Rohstoffen hoch, auch wenn ihre wirtschaftliche Bedeutung eher gering ist. In den ländlichen Räumen spielt die Landwirtschaft mit ihren mehr als 800 Betrieben im Landkreis Gießen dennoch eine wichtige Rolle und ist für die Daseinsvorsorge von zentraler Bedeutung. Zu der Ernährungswirtschaft, die durch eine stärkere Regionalisierung und Impulse hin zu Premium-Produkten zu Wertschöpfungseffekten führen kann, gehören Unternehmen des Großhandels mit landwirtschaftlichen Erzeugnissen, der Verarbeitung landwirtschaftlicher Rohstoffe und für die

ländlichen Räume wichtigen Wirtschaftsakteure des Ernährungshandwerks wie Bäcker und Metzger, sowie der Lebensmittelhandel und die Zulieferer.

Um wirtschaftlich erfolgreich und natur- und umweltgerecht produzieren zu können, benötigt Landwirtschaft auch bei weiter fortschreitendem agrarstrukturellem Wandel verlässliche und stabile Rahmenbedingungen. Besonders wichtig ist es uns, den ökologischen Landbau in den ländlichen Räumen weiter auszubauen und damit unsere gute Ausgangsbasis mit einer vergleichsweise hohen Zahl von Biobetrieben weiter zu verbessern. Aber auch die konventionelle Landwirtschaft wollen wir bei ihren Aufgaben, gesunde Nahrungsmittel zu produzieren und die natürlichen Ressourcen zu schonen, unterstützen.

Auch halten wir die ländlichen Räume für wichtige Säulen in der Energiewende durch **Erneuerbare Energien**. Die sich bietenden verschiedene Aktionsfelder, wie der Einsatz von Biogasanlagen oder auch die Möglichkeit von Solarparks in landschaftlich geeigneten Flächen werden im Kapitel **Energie** in diesem Programm ausführlich behandelt.

Integration von Migrantinnen und Migranten in unseren Städten und Dörfern

Wir sehen eine bedeutende Chance in zugewanderten Menschen, die mit ihren unterschiedlichen Kompetenzen eine Bereicherung für unsere Gesellschaft, Wirtschaft und Politik darstellen. Für die SPD ist deshalb Integration eine der wichtigsten Zukunftsaufgaben bei der Gestaltung unserer Städte und Gemeinden. Dabei stellt sich für uns Integration als ein zweiseitiger Prozess dar.

Freiwilliges Engagement in einer Gesellschaft und Gemeinschaft ist auch Zeichen der sozialen Integration. Darum ist die Einbindung von Menschen mit Migrationshintergrund in das kulturelle, sportliche und soziale Leben einer Gemeinde von großer Bedeutung. Kultur-übergreifende Vereinsringe und Koordinierungsplattformen, aber auch die Einbeziehung von Migranten und ihren Organisationen in die Netzwerke von Freiwilligenagenturen können dazu einen Beitrag leisten.

Vereine und Selbstorganisationen von Migranten wollen wir gleichberechtigt unterstützen. Der Austausch zwischen unterschiedlichen Vereinen sowie gemeinsame, die Integration fördernde Kooperationsprojekte von deutschen und Migrantenvereinen erhalten unsere besondere Unterstützung. Die Forderungen religiöser Vereinigungen nach freier Ausübung ihrer Religion werden wir auch im kommunalen Bereich aktiv unterstützen.

Eine Schlüsselaufgabe in der Integration von Migrantinnen und Migranten fällt den Sprachkursen zu. Die Partizipation am gesellschaftlichen und Arbeitsleben kann nur erfolgreich erfolgen, wenn sprachliche Hürden wegfallen. Daher muss der Zugang zu Deutschkursen erleichtert und eine kontinuierliche Durchführung dieser Kurse gewährleistet werden.

Wir wollen umfassende politische Beteiligung von Migrantinnen und Migranten auf allen kommunalpolitischen Ebenen gewährleisten. Wir treten deshalb für das Kommunalwahlrecht von Migrantinnen und Migranten ein. Solange ein solches Wahlrecht nicht besteht werden wir die Tätigkeit von kommunalen Ausländerbeiräten aktiv unterstützen.

In den Handlungsfeldern der Kommunalpolitik wie Bildung, Wohnen, Soziales, Kultur, Sport, Gleichstellung und andere muss die Querschnittsaufgabe Integration Berücksichtigung finden. Chancengleichheit und gleichberechtigte Teilhabe müssen in allen gesellschaftlichen Bereichen ihren Niederschlag finden.

Wir wollen die interkulturelle Kompetenz in kommunalen Verwaltungen und Gremien stärken und durch umfassende Qualifikations- und Weiterbildungsangebote fördern. Dies beinhaltet auch, dass der Landkreis und die Kommunen ihrer Vorbildfunktion gerecht werden und diese Kompetenz in Ihrer Auswahl von Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen berücksichtigen.

Sinnvoll ist es drüber hinaus, den Anteil von Beschäftigten mit Migrationshintergrund zu erhöhen und so deren zusätzlichen Kompetenzen zu nutzen. Besonders die Bereiche mit Kundenkontakt sollten die Zusammensetzung der Gesellschaft widerspiegeln.

Mittels geeigneter Maßnahmen im Rahmen der Arbeitsmarktprogramme ist die Verbesserung der Erwerbsintegration von Menschen mit Migrationshintergrund zu gewährleisten. Dabei muss vorrangig die Zugängigkeit zu „regulären“ Angeboten erhöht werden. Darüber hinaus sind die bestehenden spezifischen Projekte zu optimieren und dauerhaft einzurichten.

Das Weltbild und der Umgang mit Fremden werden maßgeblich in Kindheit und Jugend geprägt. Integrationsfördernde Maßnahmen in dieser Entwicklungsphase sind daher besonders wichtig. Bildung und Aufklärung über Kulturen und Religionen sind ein wesentlicher Schlüssel, um Vorurteile abzubauen und Integration zu fördern. Wir wollen Jugendeinrichtungen, in denen sich Jugendliche unterschiedlichster Herkunft altersgemäß aufhalten, betätigen, weiterentwickeln und aktiv in die Gesellschaft einbringen können.

Viel zu lange wurden die besonderen Belange von Frauen mit Migrationshintergrund vernachlässigt. Wir wollen insbesondere eine spezifische Berufs- und Qualifizierungsberatung für junge Frauen mit Migrationshintergrund sowie deren besondere Förderung durch Aus- und Weiterbildung. Wir brauchen verstärkte Beratungsangebote für Frauen mit Migrationshintergrund, die von Gewalt betroffen sind. Dazu gehört eine weitere Sensibilisierung der Gleichstellungs- und Frauenbeauftragten hinsichtlich der speziellen Situation von Migrantinnen. Wir werden die Angebote zum Spracherwerb für Frauen weiter ausbauen.

Wie in der Gesamtbevölkerung, nimmt auch unter den Migrantinnen und Migranten der Anteil Älterer kontinuierlich zu. Deshalb wollen wir, dass alle Altenhilfeeinrichtungen interkulturell geöffnet werden. Pflegepersonal mit Sprachkenntnissen und interkulturellen Kompetenzen muss verstärkt eingesetzt werden, damit kultursensible Pflege zum Regelfall wird.

Frauenpolitik:

Bei allen Verwaltungshandlungen sind die Auswirkungen auf beide Geschlechter zu berücksichtigen. Dies gilt auch für die Aufstellung des Kreishaushaltes. Genderbudgeting wollen wir einführen. Der bereits begonnene Prozess zur Einführung von Gender-Mainstreaming soll fortgeführt werden. Die Grundsätze des Gender Mainstreaming sollen in allen Bereichen von Verwaltung und Politik angewandt werden.

Um ein gezieltes und praxisbezogenes Handeln zu gewährleisten, sind geschlechtsspezifische Daten eine unabdingbare Informationsbasis. Die Daten sind entsprechend des „Gender-Indexes“ zusammenzufassen und zu veröffentlichen. Mit dem Gender-Index ist ein bundesweit eingesetztes Vergleichsinstrument geschaffen worden, das ermöglicht zu überprüfen, wie es um die Gleichstellung in den Regionen steht. Der Handlungsbedarf wie auch die Fortschritte des Landkreises Gießen in der Genderpolitik werden so im Vergleich mit anderen Landkreisen sichtbar gemacht.

Das Kreisfrauenbüro soll entsprechend den Zielen und gesetzlichen Vorgaben im Hessischen Gleichstellungsgesetz und der HGO sachlich und personell erhalten werden. Dabei sind die regionalen Gegebenheiten des Landkreises und der damit verbundene Aufwand sowie die daraus resultierenden frauenpolitischen Herausforderungen für die externe Arbeit der Frauenbeauftragten zu berücksichtigen. Deshalb werden wir für die externe Arbeit eine volle Stelle zur Verfügung stellen. Frauenpolitik soll in der parlamentarischen Arbeit des Kreises verankert sein.

Die Angebote zum Schutz von Frauen vor Gewalt wollen wir fördern und öffentlich machen. Selbstbehauptungskurse für Mädchen und Frauen sind wichtig und sollten auch in Schulen und Vereinen angeboten werden. Gefahrenorte für Mädchen und Frauen müssen erfasst und soweit wie möglich beseitigt werden.

Seniorinnen und Senioren stehen in der Mitte der Gesellschaft

(Dieser Teil wird noch vollständig gegen einen Beitrag der AG 60plus ausgetauscht)

Das Ziel der kommunalen Seniorenpolitik besteht darin, die menschliche Würde und Persönlichkeit im Alter zu erhalten. Die meisten Älteren sind aktiver Teil der städtischen oder dörflichen Gemeinschaft. Sie mischen sich ein und wirken mit. Wir werden ältere Menschen ermutigen, sich bürgerschaftlich zu engagieren, sich neue Tätigkeits- und Wissensfelder zu erschließen und ihr Wissen sowie ihre Erfahrung in das gemeinschaftliche Leben einzubringen. Ein Mittel hierzu kann die Einbeziehung der Erfahrungen und Kompetenzen der Älteren auf kommunaler Ebene durch Seniorenräte bzw. Seniorenvertretungen in den Kommunen sein.

Politik mit älteren und für ältere Menschen ist gute sozialdemokratische Tradition. Sozialdemokratisch geführte Kommunen haben als Erste in Hessen eigenständige Ansätze kommunaler Altenpolitik entwickelt. Diese sind seither unter sozialdemokratischer Verantwortung ausgebaut und weiterentwickelt worden. Altenclubs in den Stadtteilen, Beschäftigungsangebote für ältere Menschen zur sozialen Integration, Freizeit- und Bildungsangebote sind hier seit Langem eine Selbstverständlichkeit.

Dies wollen wir fortführen und verbessern. Einen immer größeren Stellenwert müssen dabei generationenübergreifende Angebote erhalten. Eine längere Lebensdauer und ein zunehmend aktives Alter erhöhen die Bereitschaft und die Notwendigkeit, Wissen zu erweitern, zu ergänzen und auch an andere weiterzugeben. Bei den Bildungsangeboten gewinnt der Bereich der Informations- und Telekommunikationstechnologien auch für ältere Menschen immer mehr an Bedeutung. Dem wollen wir durch ein verstärktes Angebot der Volkshochschulen und durch generationenübergreifende Projekte begegnen.

Wir setzen uns auf allen politischen Ebenen für einen kontinuierlichen Abbau von Barrieren für Ältere und Behinderte ein. Unser Ziel einer umfassenden Barrierefreiheit beinhaltet, Wohnhäuser, Ämter, kulturelle Einrichtungen, Angebote im Nah- und Fernverkehr, Straßen und Plätze barrierefrei zu gestalten. Wir wollen, dass kein älterer Mensch von Mobilität oder kulturellem Angebot aufgrund seines Einkommens ausgeschlossen wird. Teilhabe am öffentlichen Leben muss aus unserer Sicht der Sozialdemokratie für alle Generationen bezahlbar sein.

Ein großes Thema ist und bleibt für uns das Wohnen im Alter. Noch sind viel zu wenige Wohnungen so gestaltet, dass sie auch Ältere mit körperlichen Einschränkungen nutzen können.

Nur allzu oft steht im hohen Alter ein erzwungener Umzug aus dem gewohnten Lebensumfeld in ein Pflegeheim an. Viele ältere Menschen wollen dauerhaft selbstständig in ihren bisherigen Wohnungen leben. Das möchten wir unterstützen. Dabei werden wir gemeinsam mit den Wohnungsbaugesellschaften und den freien Wohlfahrtsverbänden vor allem auf ein stärker in die Stadtteile integriertes Wohnungsangebot für ältere Menschen und auf die intensivere Verknüpfung von Wohnen und Betreuungsangeboten achten. Wo erforderlich, müssen Netzwerke, ambulante Dienste und besondere Wohnangebote geschaffen und ausgebaut werden. Bei der Versorgung pflegebedürftiger Menschen und der Hilfe für die Angehörigen wollen wir den ambulanten wie auch den teilstationären Bereich (Tages- und Kurzzeitpflege) weiter ausbauen.

Integrierte Beratungs- und Koordinierungsstellen für ältere und pflegebedürftige Menschen als gemeinsame Einrichtung der Kommunen und der Wohlfahrtsverbände erleichtern älteren Menschen und vor allem ihren Angehörigen ganz wesentlich den Zugang zu Hilfeangeboten.

Wir ermutigen und unterstützen die vielfältigen und kreativen Ansätze der Selbsthilfe und der gegenseitigen Hilfe von Älteren für Ältere sowie die Entwicklung generationsübergreifender Angebote. Wir wirken aktiv im neu gebildeten und in seinen Funktionen gestärkten Seniorenbeirat mit und werden dessen Rat bei der Weiterentwicklung der Politik für ältere Menschen beachten.

Klima schützen - Wirtschaft stärken – Arbeitsplätze ausbauen –

Zukunft nachhaltig gestalten und sichern für die nächsten

Generationen-

Energiewende jetzt konsequent umsetzen. Wir steigen aus der Atomenergie aus!

Die Kommunalwahl 2011 bietet die große Chance, die Energiewende tatsächlich umzusetzen und nicht nur durch ein „Türschild“ der derzeitigen Kreisverantwortlichen zu proklamieren. Seit 2006 bezeichnet sich der Landkreis als Modellregion „Erneuerbarer Energien“, es stellt sich hier nur die Frage, wo und mit wem?

Aktivitäten im Bereich erneuerbarer Energien wurden im Wesentlichen durch die Städte und Gemeinden vorgenommen. Hier sind beispielhaft die sozialdemokratischen geführten Kommunen Wettenberg und Hungen genannt. Die Aktivitäten der derzeitigen Kreisregierung beschränken sich hauptsächlich auf die Wiederholung des Ursprungsbeschlusses und sonstiger wohlwollender Lippenbekenntnisse.

Wir, die Akteure der Sozialdemokratischen Partei im Landkreis Gießen werden die Energiewende konsequent umsetzen. Die Bürgerinnen und Bürger haben den Anspruch und das Recht auf eine zukunftssichere und nachhaltige Energieversorgung. Darüber hinaus ist die Einhaltung der Klimaschutzziele im Interesse unserer Kinder und Enkel zukunftsweisend umzusetzen.

Wir Sozialdemokraten wollen aktiv und nachhaltig die Energieeinsparung und damit die Energieeffizienz im Strom- und Wärmebereich forcieren. Dazu ist es erforderlich, Konzepte und Hilfestellungen für eine energetische Gebäudesanierung oder Verringerung des Stromverbrauchs zur Verfügung zu stellen (z.B. „Gießener Gebäudepass“). Auch muss die Energiewende für unsere Kinder eine Selbstverständlichkeit werden, hierzu werden wir in Schulen und Kindertageseinrichtungen Bildungsprojekte auf den Weg bringen und diese prämiieren.

Ein ebenso wichtiger Baustein in der Energiewende ist die Nutzung erneuerbarer Energien, egal ob Sonnen-, Bio-, Wind- oder Wasserkraft, diese erneuerbaren Energien werden unter sozialdemokratischer Verantwortung systematisch ausgebaut. Die Wende zu einer nachhaltigen Energiewirtschaft eröffnet für unsere Kommunen, unsere Bürgerinnen und Bürger, für unser

Handwerk und für unsere Wirtschaft vor Ort ein großes Spektrum an Handlungsmöglichkeiten und Finanzkraft. Es bedeutet aber auch zukunftssichere, kalkulierbare und gerechte Energieversorgung für immer und alle. Durch Investitionen in diesem Bereich können Aufträge für Unternehmen und Handwerk, sowie Forschungs- und Fördermittel mit einem Wertschöpfungspotenzial in Milliardenhöhe für den Landkreis Gießen eingeworben werden. Millionenbeträge, die heute aus dem Landkreis Gießen für Stromimporte abfließen, können dann sinnvoll für die Infrastruktur des Landkreises eingesetzt werden.

Das Potenzial für die Nutzung von Biomasse ist für die Energieversorgung im Landkreis noch kaum erschlossen. Der Ausbau und Betrieb von Biomasse-Heizkraftwerken, insbesondere von Kraft-Wärme-Koppelungsanlagen im privaten und im öffentlichen Bereich soll fortgesetzt werden. Die Biomassenutzung, darf sich jedoch nicht alleine auf Holz als Energieträger und den Anbau von Energiepflanzen konzentrieren, sondern muss breiter gefächert sein, um die Abhängigkeit von Monokulturen und Großkonzernen zu vermeiden. Wir wollen eine umweltverträgliche und effiziente energetische Nutzung von Biomasse aus Landschaftspflegemaßnahmen, Restabfällen aus der Landwirtschaft, der Lebensmittelverarbeitung und anderer organischer Abfälle erreichen. Dadurch können Arbeitsplätze im ländlichen Raum, in der Landschaftspflege und im Naturschutz geschaffen und gesichert werden. Die Verbesserung der Technologien und das Management der Stoffkreisläufe in diesem Bereich ist zudem ein zukunftsorientiertes Forschungs- und Entwicklungsfeld für die beiden Hochschulen im Landkreis Gießen. Die enge Verbindung von Forschung und Praxis ist ein Standortvorteil, den wir für die positive Entwicklung des Landkreises Gießen nutzen wollen.

Die Gemeinde Wettenberg hat gezeigt, was eine Kommune mit Hilfe eines umfassenden Gesamtkonzeptes und mit der Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern für den Klimaschutz erreichen kann. Wettenberg ist in allen relevanten Bereichen des kommunalen Klimaschutzes aktiv. Die Gemeinde setzt nicht nur bei der Verankerung von Energiesparmechanismen und bei der Energieerzeugung erfolgreiche Maßnahmen um, sondern auch im Verkehrsbereich, bei der Sanierung und Erschließung von Wohngebieten, im Bereich der Öffentlichkeitsarbeit und bei der Beteiligung der Bevölkerung. Als Basis dienen dazu Beschlüsse zur CO₂- und zur Verkehrsminderung sowie ein Radwegekonzept. Die sozialdemokratisch geführte Gemeinde Wettenberg wurde dafür in der Vergangenheit mehrfach ausgezeichnet, 2009 stand sie auf Platz 1 der besten Klimaschutzgemeinden in Deutschland.

In vielen anderen Kommunen des Landkreises gibt es ebenfalls den Wunsch und die Notwendigkeit bei Bürgerinnen und Bürgern, Energie effizienter und kostensparender zu nutzen

sowie zahlreiche private wie kommunale Initiativen, um den Einsatz erneuerbarer Energien zu beschleunigen. Diese brauchen für ihre Entscheidungen gute Beratung, verlässliche Rahmenbedingungen, und eine klare Orientierung im Hinblick auf die energiepolitischen Ziele des Landkreises. Unter sozialdemokratischer Verantwortung wurde die Klimaschutz und Energieagentur Mittelhessen (KEM) gegründet, die diese Aufgaben kompetent und mit großem Engagement und Sachverstand betreut. Sie waren u.a. für die Ausarbeitung und Betreuung des Projekts BioRegionHolz sowie des Bundeswettbewerb Bio-Energie-Region in Kooperation mit dem Nachbarkreis Vogelsberg verantwortlich. Die Beteiligung an dem Projekt und dem Bundeswettbewerb wurde von dem sozialdemokratischen Landrat a.D. Willi Marx angestoßen und u.a. durch die Bundesregierung 2009 mit 400.000 € Fördermittel prämiert.

Wir wollen darüber hinaus im Landkreis die vielfältigen kommunalen und privaten Initiativen, innovative Ideen von Unternehmen und Handwerkern und deren hohe Energiekompetenz zusammenführen zu einem zukunftsfähigen Aktionsbündnis. Hierzu ist es erforderlich ein gemeinsames Energiekonzept zu erstellen und konkrete Maßnahmen in der Umsetzung zu unterstützen. Dieses vorgenannte Aktionsbündnis wird aus Akteuren von Handwerk, Hochschule, Wirtschaft, Kreditinstituten, Versorgern, Politik und nicht zuletzt engagierten Bürgerinnen und Bürgern unter der Leitung des Landkreises gebildet. Wir wollen eine gemeinsame Strategie für die Energieversorgung und den Klimaschutz in der Region erarbeiten, umsetzen und begleiten. Klimaschutz kann von der Politik nicht alleine umgesetzt werden. Eine breite Beteiligung und Akzeptanz der Öffentlichkeit ist Grundvoraussetzung für den Erfolg bei der Energiewende.

Der Landkreis Gießen verfügt über ein großes ehrenamtliches Engagement in den Vereinen, Verbänden und Organisationen die im Natur-, Gewässer- und Landschaftsschutz, der Land – und Forstwirtschaft, Tierschutz und dem Klima- und Umweltschutz aktiv sind. Diese sind ebenfalls mit ihren Ideen und Interessen zu beteiligen.

Die derzeitige Kreisregierung hat verschlafen, das enorme Potenzial und die Kompetenzen, die es in unserer Region zur Nutzung erneuerbarer Energien gibt, wahrzunehmen und die wirtschaftlichen Chancen zu nutzen. Das Vorankommen des Landkreises Gießen stagniert. Dies muss sich ändern. Die zukunftsweisende und effektive Energienutzung führt ein Schattendasein, die Nutzung erneuerbarer Energien liegt im Landkreis Gießen weit unter dem Bundesdurchschnitt. Hier brauchen wir eine deutliche und spürbare Steigerung.

Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten im Hungener Stadtparlament haben gezeigt, wie es gehen kann: Ihrer Initiative und Entschlusskraft ist es zu verdanken, dass in Hungen in kürzester

Zeit einer der größten Solarparks bundesweit entstanden ist, der 800 Haushalte mit Strom versorgt. Außerdem wurden sämtliche Dachflächen auf städtischen Gebäuden geprüft, ob sie sich für die Installation von Solaranlagen eignen und wirtschaftlich rechnen. Geld, das früher an zentrale Energieversorger abgeführt wurde, bleibt nun in der Kommune, schafft Arbeitsplätze für Handwerk und mittelständische Unternehmen und stärkt die kommunalen Kassen.

Wir wollen, dass die ermutigenden guten Beispiele der Gemeinde Wettenberg, der Stadt Hungen und anderer Kommunen im Landkreis Gießen Schule machen.

Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten waren in der Vergangenheit maßgeblich am Aufbau des heutigen Abfallkonzepts im Landkreis beteiligt, welches auf Ressourcenschonung durch Abfallvermeidung und Abfalltrennung sowie eine umweltverträgliche Abfallverwertung setzt. Mit der Gründung des Zentrums für Arbeit und Umwelt (ZAUG) haben wir schon vor 25 Jahren bewiesen, dass sich Maßnahmen für den Umwelt- und Klimaschutz mit Beschäftigungs- und Qualifizierungsmaßnahmen sinnvoll und zukunftsweisend verbinden lassen.

Durch eine auf Zukunft ausgerichtete Umwelt- und Klimapolitik schaffen wir Arbeitsplätze, Versorgungssicherheit, kalkulierbare Energiepreise und Wirtschaftswachstum in der Region. So ist eine effektive Energienutzung in den privaten Haushalten für Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten nicht nur aus Klimaschutz-, sondern auch aus wirtschaftlichen Gründen dringend geboten. Durch Ausweitung der Beratungsangebote und öffentliche Kampagnen wollen wir die Energiekosten in den privaten Haushalten reduzieren um die sogenannte „2. Miete“ – die Nebenkosten - in einem kalkulierbaren Rahmen zu halten. Das erfolgreiche Beratungsangebot „Gießener Gebäudepass“, ist ein Beispiel wie Mieter und Wohnungseigentümer von einer guten und kostengünstigen Beratung profitieren können. Bei der Beratung und Öffentlichkeitsarbeit wollen wir auch das Engagement von Verbraucherschutz-, Umweltverbänden und Vereinen, sowie das hohe Interesse von Schülerinnen und Schülern für den Klimaschutz als wichtige Multiplikatoren für Umweltinformationen und als Motor für Verhaltensänderungen einbinden.

Eine große Herausforderung besteht in der energetischen Sanierung von privaten wie öffentlichen Altbauten. Gemeinsam mit den örtlichen Kreditinstituten, Versorgern und den Kommunen im Landkreis wollen wir auch hier Finanzierungs- und Beratungskonzepte entwickeln, um die Altbausanierung zügiger voranzutreiben. Hier eröffnen sich viele Möglichkeiten, um Synergieeffekte für altersgerechtes, familiengerechtes oder generationenübergreifendes Wohnen zu erlangen. Es trägt gleichzeitig zum Erhalt von Innerortslagen in den ländlich strukturierten Städten und Gemeinden des Landkreises, sowie einer klimafreundlichen Siedlungspolitik bei.

Die berufliche Ausbildung und Weiterqualifizierung im Bereich der effizienten Energienutzung und dem Einsatz von erneuerbaren Energien wollen wir in Zusammenarbeit mit allen Bildungsträgern gezielt unterstützen und fördern. Insbesondere die Sanierung von Altbauten bietet denen, die im Handwerk, sowie in der Forschung und Entwicklungen tätig sind, durch spezifische Qualifizierungsmaßnahmen sehr gute Arbeits- und Aufstiegschancen.

In Handwerksbetrieben sowie in kleineren und größeren Unternehmen gibt es hohe Einsparpotenziale durch eine effektivere Energienutzung. In Zusammenarbeit mit der IHK und der Kreishandwerkerschaft wollen wir die Beratung und Information der Betriebe, insbesondere auch über Weiterbildungsmaßnahmen, Finanzierungshilfen und öffentliche Förderung verstärken. Durch branchenübergreifende Netzwerke wollen wir ein Forum für den Erfahrungsaustausch in diesem Bereich initiieren. Das vorhandene Know-how in diesem Bereich kann so rascher umgesetzt und weiterentwickelt werden. Die Reduzierung der Energiekosten trägt hier unmittelbar zur Existenzsicherung bei und erweitert die Spielräume für Investitionen und den Erhalt von Arbeitsplätzen.

Innovative Finanzierungsmodelle wie z.B. Bürgersolaranlagen und Contracting-Modelle, zeigen, dass viele Bürgerinnen und Bürger eher bereit sind, ihre Ersparnisse in zukunftsweisenden Technologien der Region anzulegen, anstatt sie unsicheren Finanzmärkten zu überlassen. Gemeinsam mit den Kreditinstituten wollen wir hierfür vertrauenswürdige Finanzierungs- und Vertragsmodelle entwickeln.

Mit sozialdemokratischer Verantwortung im Kreis werden wir bei der Bewirtschaftung der kreiseigenen Gebäude mit gutem Beispiel vorangehen, die Energieeffizienz steigern und erneuerbare Energien im Strom- und Wärmebereich vorrangig einsetzen. Die Vorbildfunktion des Landkreises ist ein wichtiger Impulsgeber für private Investoren und Initiativen.

Durch eine konsequente Energiewende setzen wir auf eine nachhaltige Entwicklung und zukunftsweisende Technologien. Wir stärken die Wirtschaftskraft im Landkreis, schaffen und sichern Arbeitsplätze, tragen zu stabilen Energiepreisen bei und steigern die Lebensqualität unserer Bürgerinnen und Bürger und die zukünftiger Generationen.